

Lohndumping nach Schlecker-Art verbieten

Erfolgreich hat es ein breites Bündnis von Gewerkschaften, lokalen Initiativen geschafft, dass der Drogerieanbieter SCHLECKER seine aggressive Lohndrückerpolitik mittels Leiharbeit vorerst einstellen musste. Auch die Linke hat an diesem Erfolg ihren Anteil. Aber es handelt sich nur um einen Etappensieg. Bei Schlecker ist noch einiges ungeklärt. Und dem Lohndumping durch Leiharbeit muss grundsätzlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Fall Schlecker

Anton Schlecker ist Besitzer der gleichnamigen Drogeriekette. Mit einem Vermögen von über 2,4 Milliarden Euro gehört er zu den reichsten Deutschen.

Anton Schlecker ist dabei, sein Geschäft um zu strukturieren. Statt vieler kleiner Schlecker-Märkte werden größere sogenannte XL-Märkte eröffnet. Dem ein oder anderen ist dies vielleicht schon bei sich zu Hause aufgefallen. Im letzten Jahr sind ca. 1000 der kleineren sogenannten AS-Märkte geschlossen worden.

Den Verkäuferinnen dort wird erst gekündigt. Dann wird ihnen angeboten, in einem der neuen XL-Märkte als LeiharbeiterInnen bei der Leiharbeitsfirma Meniar (mit Sitz in Zwickau!) zu arbeiten! Zur Hälfte des bisherigen Lohns, ohne das bisherige Weihnachts- und Urlaubsgeld und mit weniger Urlaubstagen.

Man glaubt es kaum: Aber dieses Lohndumping nach Schlecker-Art ist in Deutschland völlig legal! Denn Leiharbeiter dürfen bei uns nach viel schlechteren Tarifverträgen bezahlt werden als in der Branche üblich. Für Schlecker heißt das: ein Stundenlohn von ca. 6,50 € statt bisher etwa das Doppelte. Ich nenne das Ausbeutung im XL-Format.

Leidtragende dieser Entwicklung sind natürlich die Verkäuferinnen. Sie können mit den Armutslöhnen nicht mehr ihre Familien ernähren. Aber es geht auch auf Kosten der Gesellschaft. Denn nicht wenige Verkäuferinnen fallen wegen des niedrigen

Lohns zusätzlich in Hartz IV. So subventioniert der Steuerzahler die Armutslöhne des Anton Schlecker.

Ein Erfolg, der uns bestärken muss, weiter zumachen

Gegen dieses Lohndumping haben sich die Schlecker-Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di zur Wehr gesetzt. Sie haben bei der Neueröffnung von sogenannten XL-Märkten Proteste organisiert und dazu aufgerufen, diese zu boykottieren. DIE LINKE. hat den Skandal Schlecker in den Bundestag gebracht, Öffentlichkeit organisiert und sich vor Ort mit vielen anderen Initiativen an einzelnen Protesten beteiligt. Dieser Druck von unten hat etwas bewirkt.

Noch im November erklärte die Bundesregierung auf meine Anfrage zum Fall Schlecker, die „ Bundesregierung (sei) kein Forschungsinstitut, dessen Aufgabe es wäre, solchen Einzelfällen nachzugehen“. Keine zwei Monate später sah sich jedoch Arbeitsministerin van der Leyen gezwungen, den Fall aufzugreifen und kündigte an, die Machenschaften von Schlecker zu prüfen. Daraufhin erklärte Schlecker, keine Verträge mehr mit der Leiharbeitsfirma Meniar abzuschließen.

Das ist ein Etappensieg. Ungeklärt ist jedoch: Was passiert mit den Meniar-Leiharbeitern, die bereits bei Schlecker beschäftigt sind? Will Schlecker weiter Lohndumping betreiben etwa über andere Leiharbeitsfirmen oder gelten zukünftig für alle Beschäftigten die bestehenden Tarifverträge? Und überhaupt bleibt das Problem: jedes x-beliebige Unternehmen kann Lohndumping nach Schlecker-Art betreiben. Etliche tun das auch. Die Politik muss dem Lohndumping durch Leiharbeit einen Riegel vorschieben.

DIE LINKE. sagt klar; Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit. Schluss mit Lohndumping, ob bei Schlecker oder anderswo. Dafür müssen wir in und außerhalb der Parlamente Druck machen.

Sabine Zimmermann, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Weitere Infos zum Fall Schlecker unter:

www.sabine-zimmermann.info